



Anwaltsgesetz (BGFA) - Frequently Asked Questions (FAQ)

(Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte)

In welchem Stadium befindet sich das Anwaltsgesetz zur Zeit und wann tritt es in Kraft?

- Das BGFA ist am 23. Juni 2000 vom Parlament verabschiedet worden (BBl vom 4. Juli 2000, S. 3594).
- Die Referendumsfrist ist am 12. Oktober 2000 abgelaufen, ohne dass das Referendum ergriffen worden ist.
- Das BGFA wird zusammen mit den bilateralen Abkommen auf den 1. Juni 2002 in Kraft treten.
- Das BGFA ist vom Parlament am 22. März 2002 geändert worden (Ausdehnung des persönlichen Geltungsbereichs auf Anwältinnen und Anwälte, die Angehörige von EFTA-Staaten sind). Diese Änderung wird voraussichtlich auf den 1. August 2002 in Kraft treten.

Welche Anwältinnen und Anwälte werden im Register eingetragen?

- Anwältinnen und Anwälte, die in der Schweiz forensisch tätig sein wollen und die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für den Registereintrag erfüllen (Art. 2 und 6 BGFA).
- Anwältinnen und Anwälte mit einem Anwaltspatent nach bisherigem kantonalen Recht, welche die Voraussetzungen für den Registereintrag nicht erfüllen (z.B. die bernischen Fürsprecherinnen und Fürsprecher, die ihr Patent nach der alten Regelung erworben haben, d.h. ohne formell mit einem Lizentiat abgeschlossen zu haben), sofern sie in den anderen Kantonen nach der BV-Übergangsbestimmung (Art. 196 Ziff. 5) eine Berufsausübungsbewilligung erhalten hätten (Art. 36 BGFA).
- Anwältinnen und Anwälte, die Angehörige von Mitgliedstaaten der EU oder der EFTA sind und eine Eignungsprüfung bestanden haben (Art. 30 Abs. 1 Bst. a i.V.m. Art. 31 BGFA) oder während mindestens 3 Jahren in der Liste der unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung tätigen Anwältinnen und Anwälte eingetragen waren und nachweisen, dass sie während dieser Zeit effektiv und regelmässig im schweizerischen Recht tätig waren (Art. 30 Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 BGFA), oder, wenn sie im schweizerischen Recht während eines kürzeren Zeitraums tätig waren, sich in einem Gespräch über ihre beruflichen Fähigkeiten ausgewiesen haben (Art. 30 Abs. 1 Bst. b Ziff. 2 i.V.m. Art. 32 BGFA).

Welche Anwältinnen und Anwälte werden nicht im Register eingetragen?

- Anwältinnen und Anwälte, die nicht beabsichtigen, forensisch tätig zu werden.
- Anwältinnen und Anwälte, welche die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen für den Registereintrag (Art. 7 und 8) nicht erfüllen.
- Anwältinnen und Anwälte, die Angehörige von Mitgliedstaaten der EU oder der EFTA sind und im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs in der Schweiz forensisch tätig sind (Art. 21).

- Anwältinnen und Anwälte, die Angehörige von Mitgliedstaaten der EU oder der EFTA sind und ständig unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung in der Schweiz forensisch tätig sind (Art. 27; Eintragung in einer öffentl. Liste, vgl. Art. 28).

Muss man sich auch ins Register eintragen lassen, wenn man nur einmal oder gelegentlich Parteien vor Gericht vertritt?

Das BGFA gilt grundsätzlich für alle Anwältinnen und Anwälte, die Parteien vor Gericht vertreten, egal, ob sie dies ein- oder zweimal oder berufsmässig tun. Eine entsprechende Kontrolle wäre unmöglich durchzuführen.

In welchem Kanton müssen sich die Anwältinnen und Anwälte ins Anwaltsregister eintragen lassen?

Anwältinnen und Anwälte haben sich in demjenigen Kanton ins Register eintragen zu lassen, in dem sie ihre Geschäftsadresse haben (Art. 6 BGFA). Bestehen mehrere Geschäftsadressen, haben sie sich in dem Kanton eintragen zu lassen, in dem sie ihr Hauptbüro haben.

Wer ist zuständig für die Umschreibung des kantonalen Anwaltsmonopols?

Die Kantone legen den Umfang des kantonalen Anwaltsmonopols fest.

Was ist der Unterschied zwischen Anwaltszwang und Anwaltsmonopol?

- Im Rahmen des *Anwaltsmonopols* kann eine Person, die sich vertreten lassen möchte, mit ihrer Vertretung nur Anwältinnen und Anwälte beauftragen. Sie ist aber nicht verpflichtet, sich vertreten zu lassen. Ausserhalb des Anwaltsmonopols (z.B. häufig in Verwaltungsverfahren), kann sich eine Person von irgendeiner anderen Person vertreten lassen.
- In Verfahren mit *Anwaltszwang* (Art. 23 und 27 BGFA), die eine besondere Kategorie innerhalb des kantonalen Anwaltsmonopols darstellen, muss sich eine Person obligatorisch von einer Anwältin oder einem Anwalt vertreten lassen; sie kann sich folglich nicht alleine verteidigen. Es handelt sich um relativ seltene Fälle im Strafverfahren. Das kantonale Recht bestimmt die Fälle, in denen Anwaltszwang besteht.

Für welche Anwältinnen und Anwälte gelten die Berufsregeln?

Personen, die über ein Anwaltspatent verfügen und in der Schweiz im Rahmen des Anwaltsmonopols forensisch tätig sind, d.h.

- Anwältinnen und Anwälte, die im Anwaltsregister eingetragen sind;
- Anwältinnen und Anwälte mit kantonalem Anwaltspatent, die nicht eingetragen sind, weil sie die Voraussetzungen für den Registereintrag nicht erfüllen, aber von einem Kanton zur Parteienvertretung zugelassen werden (vgl. Art. 3 Abs. 2 BGFA);
- Anwältinnen und Anwälte aus EU- oder EFTA-Mitgliedstaaten, die im freien Personenverkehr oder ständig unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung in der Schweiz forensisch tätig sind;
- Anwältinnen und Anwälte aus anderen Staaten, die von einem kantonalen Gericht ausnahmsweise zur Parteienvertretung in einer bestimmten Sache zugelassen werden.

Gelten die Berufsregeln für im Register eingetragene Anwältinnen und Anwälte auch für die nicht forensische Tätigkeit (Rechtsberatung)?

Ja; sobald Anwältinnen und Anwälte im Register eingetragen sind, unterstehen sie den Berufsregeln (Art. 12 BGFA). Sie müssen die Berufsregeln während ihrer gesamten Berufsausübung respektieren, nicht nur in ihrer forensischen Tätigkeit.

Können die Kantone zusätzliche Berufsregeln erlassen?

Nein; das BGFA regelt die Berufsregeln für Anwältinnen und Anwälte *abschliessend* (Vereinheitlichung auf Bundesebene).

Wie steht es mit dem Standesrecht?

Es muss zwischen Berufsrecht und Standesrecht unterschieden werden:

- *Berufsrecht* (Berufsregeln) werden vom Staat hoheitlich erlassen (bis heute von den Kantonen, nach Inkrafttreten des BGFA ausschliesslich vom Bund).
- *Standesrecht* beinhaltet Bestimmungen privatrechtlicher Natur, die von den Anwaltsverbänden erlassen werden. Das Standesrecht wird oft zur Auslegung der Berufsregeln herangezogen.

Dürfen Anwältinnen und Anwälte eine zusätzliche Erwerbstätigkeit im Angestelltenverhältnis ausüben?

Grundsätzlich Ja; es darf aber kein Konnex bestehen zwischen der selbständigen Anwaltstätigkeit und der Erwerbstätigkeit im Angestelltenverhältnis (Wahrung der Unabhängigkeit).

Dürfen angestellte Anwältinnen und Anwälte die Klientinnen und Klienten ihres Arbeitgebers vor Gericht vertreten?

Nein. Nur solche Anwältinnen und Anwälte, die Angestellte von Personen sind, die ihrerseits in einem kantonalen Register eingetragen sind, dürfen dies machen.

Eine *Ausnahme* gilt für Anwältinnen und Anwälte, die bei anerkannten gemeinnützigen Organisationen angestellt sind, soweit sich die Tätigkeit der Parteienvertretung strikte auf Mandate im Rahmen des von der betroffenen Organisation verfolgten Zwecks beschränkt (Art. 8 Abs. 2 BGFA).

Ist mit der Unabhängigkeit gemäss Art. 12 Bst. b dasselbe gemeint wie gemäss Art. 8 Abs. 1 Bst. d und Abs. 2 BGFA?

Ja. Jeder dieser Artikel bestimmt unterschiedliche, aber kumulative Aspekte der Unabhängigkeit.

Welche Rechtsmittel stehen den Anwältinnen und Anwälten zur Verfügung?

Gegen letztinstanzliche Verfügungen in Zusammenhang mit dem BGFA kann die Verwaltungsgerichtsbeschwerde ans Bundesgericht ergriffen werden (Ausnahme: Beschwerden gegen das Ergebnis der Eignungsprüfung und des Gesprächs zur Prüfung der beruflichen Fähigkeiten, vgl. Art. 99 Abs. 1 Bst. f OG).

Was heisst "Handeln im Einvernehmen"?

Dieser Begriff steht in den Richtlinien 77/249/EWG und 98/5/EG. Die im Register eingetragene Person gilt für das Gericht als Ansprechperson, die mit den Gepflogenheiten des Landes vertraut ist und in der Schweiz Domizil hat (Zustelladresse). Sie muss nicht selber Bevollmächtigte im Verfahren sein. Sie muss im Prozess auch nicht physisch anwesend sein.



Loi fédérale sur la libre circulation des avocats - Réponses aux questions les plus fréquentes

A quel stade la LLCA se trouve-t-elle actuellement et quand entrera-t-elle en vigueur?

- La LLCA a été adoptée par le Parlement le 23 juin 2000 (FF du 4 juillet 2000, p. 3594).
- Le délai référendaire s'est achevé le 12 octobre 2000, sans avoir été utilisé.
- La LLCA entrera en vigueur en même temps que les accords bilatéraux le 1.6.2002.
- La LLCA a été modifiée par le Parlement le 22 mars 2002 (extension du champ d'application personnel aux avocats des Etats membres de l'AELE). Cette modification entrera en vigueur vraisemblablement le 1.8.2002.

Quels sont les avocats inscrits au registre?

- Les avocats qui veulent pratiquer la représentation en justice en Suisse et qui remplissent les conditions pour l'inscription au registre (art. 2 et 6 LLCA).
- Les avocats disposant d'un brevet délivré en vertu de l'ancien droit cantonal, qui ne remplissent pas les conditions d'inscription (par exemple les avocats bernois qui ont obtenu leur brevet selon l'ancienne réglementation sans formellement obtenir de licence), dans la mesure où ils pouvaient obtenir une autorisation de pratiquer dans les autres cantons en vertu de l'art. 196 ch. 5 de la Constitution fédérale (art. 36 LLCA).
- Les avocats ressortissants des Etats membres de l'UE et de l'AELE qui ont réussi l'examen d'aptitude (art. 30 al. 1 let. a LLCA, en rapport avec l'art. 31), ou qui ont pratiqué en Suisse de manière permanente pendant trois ans au moins en étant inscrit au tableau des avocats pratiquant sous leur titre d'origine (art. 30 al. 1 let. b ch. 1), sous réserve de l'entretien prévu à l'art. 30 al. 1 let. b ch. 2 LLCA, en rapport avec l'art. 32.

Quels sont les avocats qui ne sont pas inscrits au registre?

- Les avocats qui n'entendent pas pratiquer la représentation en justice.
- Les avocats qui ne remplissent pas les conditions des art. 7 et 8 LLCA pour l'inscription au registre.
- Les avocats ressortissants des Etats membres de l'UE et de l'AELE qui pratiquent en Suisse sous forme de prestation de services (art. 21 LLCA)
- Les avocats ressortissants des Etats membres de l'UE et de l'AELE qui pratiquent à titre permanent en Suisse sous leur titre d'origine (art. 27 LLCA; inscription au tableau, cf art. 28 LLCA).

Doit-on également s'inscrire au registre si l'on entend ne pratiquer que ponctuellement, ou même une seule fois?

La LLCA s'applique à tous les avocats qui pratiquent la représentation en justice, indépendamment du nombre de fois où ils pratiquent. Un tel contrôle serait de toute évidence impossible à instaurer.

Dans quel canton l'avocat doit-il s'inscrire?

L'avocat s'inscrit au registre du canton dans lequel il a son adresse professionnelle (art. 6 LLCA). Si l'avocat dispose de plusieurs adresses professionnelles, il s'inscrit dans le canton où se trouve son étude principale.

Qui est compétent pour définir l'étendue du monopole cantonal?

Les cantons sont compétents pour définir l'étendue du monopole cantonal.

Quelle est la différence entre le monopole de représentation et la défense obligatoire?

- Dans le cadre du monopole de représentation réservé aux avocats, une partie qui souhaite se faire représenter ne peut confier sa défense qu'à un avocat. Elle n'est toutefois pas obligée de se faire représenter. Hors du monopole de représentation (par exemple souvent en procédure administrative), une personne peut se faire représenter par qui elle l'entend.
- Dans les cas de défense obligatoire (cf. art. 23 et 27 LLCA), qui forment une catégorie particulière au sein du monopole cantonal, une partie doit obligatoirement être assistée d'un avocat; elle ne peut donc procéder seule. Il s'agit de cas relativement rares en procédure pénale. C'est le droit cantonal qui définit les cas de défense obligatoire.

Qui est soumis aux règles professionnelles de la LLCA?

Les personnes qui sont titulaires d'un brevet d'avocat et qui pratiquent la représentation en justice dans le cadre d'un monopole (art. 2 al. 1 LLCA):

- Les avocats inscrits au registre.
- Les avocats titulaires d'un brevet cantonal qui ne sont pas inscrits parce qu'ils ne remplissent pas les conditions d'inscription, mais qui sont autorisés par un canton à pratiquer la représentation en justice (art. 3 al. 2 LLCA).
- Les avocats ressortissants des Etats membres de l'UE et de l'AELE qui pratiquent sous forme de prestation de services ou de manière permanente sous leur titre d'origine;
- Les avocats d'autres Etats qui seraient autorisés par un canton à représenter à titre exceptionnel dans une cause précise.

Les règles professionnelles doivent-elles être respectées par un avocat inscrit au registre également pour une activité autre que la représentation en justice (conseil juridique)?

Oui. Dès qu'un avocat est inscrit au registre, il est soumis aux règles professionnelles (art. 12 LLCA) sans restriction à sa seule activité de représentation en justice.

Les cantons peuvent-ils édicter des règles professionnelles supplémentaires?

Non. La LLCA règle de manière exhaustive les règles professionnelles (Cf. message LLCA, FF 1999 5331, ch. 172.2)

Qu'en est-il des règles déontologiques?

Il faut distinguer entre règles professionnelles (Berufsregeln) et règles déontologiques (Standesregeln):

- Les règles professionnelles sont des règles étatiques (aujourd'hui encore édictées par les cantons, après l'entrée en vigueur de la LLCA, par la Confédération).
- Les règles déontologiques relèvent du droit privé, et sont adoptées par les associations professionnelles. Les règles déontologiques sont toutefois souvent prises en considération lors de l'interprétation des règles professionnelles.

Un avocat peut-il avoir une activité salariée en plus de son activité d'avocat?

En principe oui. Il ne faut toutefois pas qu'il y ait de rapport entre son activité d'avocat indépendant et ses autres activités salariées dans le cadre d'un contrat de travail (garantie de l'indépendance).

Un avocat salarié peut-il représenter les clients de son employeur?

Non. Seul un avocat salarié par un avocat lui-même inscrit au registre peut le faire.

Une autre exception existe pour les avocats employés par des organisations reconnues d'utilité publique, à condition qu'ils limitent leur activité de défenseur à des mandats concernant strictement le but visé par cette organisation (art. 8 al. 2 LLCA).

La notion d'indépendance de l'art. 12 let. b LLCA est-elle identique à celle de l'art. 8 al. 1 let. d et al. 2 LLCA?

Oui. Chaque article précise des aspects différents mais cumulatifs de l'indépendance.

Quelles sont les voies de droit offertes aux avocats?

Contre les décisions cantonales de dernière instance prises sur la base de la LLCA, la voie du recours de droit administratif au Tribunal fédéral est ouverte (exception: recours contre les décisions du test d'aptitude et de l'entretien de qualification, cf. art. 99 al. 1 let. f OJ).

Que signifie "agir de concert" (art. 23 LLCA)?

Cette notion figure dans les directives 77/249/CEE et 98/5/CE. La personne inscrite au registre, familiarisée avec les pratiques nationales, est l'interlocuteur du tribunal (domicile de notification). Elle n'a pas à être mandatée dans le cadre de la procédure. Elle n'a pas non plus à être présente physiquement à l'audience.